

TTIP UND CETA VERHINDERN - DAS IST DAS INTERESSE DER ARBEITERINNEN UND ARBEITER IN NORDAMERIKA UND EUROPA!

Vor dem G-20-Gipfel in Hangzhou erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, trotz Protesten aus mehreren EU-Staaten würden die TTIP- und CETA-Verhandlungen fortgesetzt. Die angeblichen "Freihandelsverträge" wären von allergrößter wirtschaftlicher Bedeutung und würden "Arbeitsplätze schaffen".

Freihandelsabkommen zwischen kapitalistischen Mächten sind nichts rasend Neues. Bei der WTO (Welthandelsorganisation) sind zur Zeit rund 600 regionale Freihandelsabkommen hinterlegt. Diese dienen dem Abbau von Zöllen und Handelshindernissen zwischen den Unterzeichnerstaaten und sind oft die Voraussetzung der wirtschaftlichen Integration der Vertragsstaaten.

Im Namen des "Freihandels" für die Konzern- macht

Nun - wenn man die bereits bestehende wirtschaftliche Verflechtung zwischen den USA und Europa bedenkt, stellt sich die Frage nach dem Sinn eines neuen Freihandelsabkommens: Schon jetzt sind die USA und die europäischen imperialistischen Staaten wechselseitig die wichtigsten Investoren, USA und EU erzielen gemeinsam fast die Hälfte des Weltsozialprodukte und beherrschen ein Drittel des Weltmarktes.

Es geht aber um deutlich mehr als Freihandel: die wichtigsten Diskussionspapiere für



Plakat der britischen Gewerkschaft GMB gegen TTIP

die TTIP-Verhandlungsrunden sind das Ergebnis von Absprachen zwischen Lobbyisten, Konzernvertretern und kapitalistischen Interessensverbänden auf beiden Seiten des Pazifiks. Keinesfalls aber handelt es sich hier um eine "Verschwörung" multinationaler Konzerne gegen die "demokratischen" Nationalstaaten USA und den Ländern der EU. Jeder Konzern ist einem "Mutterland" verbunden, auch wenn sich das Management auf Angehörige verschiedenster Nationalitäten verteilt. Was die Konzerne aushandeln, soll ja von den nationalen Regierungen umgesetzt werden. Der wahre Grund für die extreme Geheimhaltung sind die "nicht-tarifären" Handelshindernisse (also nicht die Zölle!), die durch TTIP geregelt werden.

Damit sind unterschiedliche Umwelt-, Gesundheits- und Produktionsstandards ge-

meint, wobei - unabhängig von der Herkunft der Lobbyisten - die Tendenz prinzipiell in Richtung der Absenkung von Standards geht. Im Zusammenhang mit den geplanten Regeln für den "Investitionsschutz" werden hier Maßnahmen vorbereitet, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie Mindest- und Tariflöhne frontal angreifen.

Investitionsschutzabkommen sind keine "Erfindung" der TTIP-Lobbyisten. Sie sind im Prinzip so alt wie der Imperialismus und haben sich in erster Linie gegen koloniale und halbkoloniale Länder gerichtet. Bis heute betreibt etwa die deutsche Bundesregierung ein eigenes Büro, das Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite steht, wenn in "Dritte-Welt-Ländern" deutsches Kapital von Enteignung bedroht ist.

Investitionsschutzabkommen besagen schlicht und

einfach: Hat ein Konzern irgendwo in der Welt investiert und ändern sich die Rahmenbedingungen, so dass sich die erwarteten Profite nicht realisieren lassen, kann der Konzern das entsprechende Land klagen, um den "hochgerechneten" Gewinnentgang einzuklagen.

Ein bekanntes Beispiel war die Schadensersatzklage von Philipp Morris gegen Uruguay: Das lateinamerikanische Land hatte 2005 strenge Anti-Rauch-Gesetze erlassen. Die Klagssumme entspricht 4 % der jährlichen Wirtschaftsleistung oder rund einem Sechstel des Staatshaushaltes Uruguays, sie wurde aber schließlich abgewiesen. In Europa gab es die Vier-Milliarden-Euro-ICSID-Klage (International Centre for Settlement of Investment Disputes - gehört zur Weltbankgruppe) des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen

Deutschland zeigt. Der nordische Multi wirft Deutschland vor, durch den geplanten Atomausstieg (!) die Gewinnerwartungen geschmälert zu haben. Besonders charmant: beide Seiten berufen sich auf die "Vertraulichkeit des Verfahrens" und lassen die interessierte Öffentlichkeit damit im Regen stehen.

Unter dem Schutz von zwischenstaatlichen Investitionsschutzabkommen können Konzerne - wenn sie es darauf anlegen - Mindestlöhne ebenso zu Fall bringen wie Umweltschutzaufgaben oder Maßnahmen gegen genmanipulierte oder schädliche Nahrungsmittel.

FPÖ: Privatisierer- und Abzockerpartei macht auf sozial, will aber Kollektivverträge abschaffen!

In die berechtigte Sorge von Arbeiterinnen und Arbeitern vor den sozialen Folgen von TTIP, inklusive der Zerschlagung von ohnehin durch Sparmaßnahmen ausgetrockneten öffentlichen Gesundheitssystemen sowie der Versorgung mit Wasser und Energie mischen sich auch protektionistische und nationalistische Stimmen. Reaktionäre Parteien wie die französische Nationale Front machen mit klarer anti-amerikanischer Demagogie gegen TTIP mobil. Die FPÖ kokettiert - als angebliche "Partei des kleinen Mannes" - scheinbar mit dem Widerstand vieler arbeitenden Menschen gegen das Abkommen, ihr berufsuntüchtiger Ingenieur Norbert Hofer fordert wie immer eine Volksabstimmung und spuckt Gift und Galle.

Aber: Die gleiche FPÖ, die plötzlich für "soziale Standards" eintritt, macht sich für die Beseitigung der Kollektivverträge in Österreich stark! Die gleiche FPÖ, die vor dem "Raub öffentlicher Dienstleistungen durch transatlantische Konzerne" warnt, hatte, als sie 2000 gemeinsam mit der ÖVP an der Macht war, nichts an

GESPRÄCH FPÖ-Nationalratsabgeordneter Bernhard Themessl (64)

Warum halten wir noch an Kollektivverträgen fest?

Themessl ist für neue Wege in der Wirtschaft und gegen eine Debatte über den EU-Austritt.

BIRGIT ENTNER
E-Mail: birgit.entner@vorarlberg.gemeinschaften.at
Telefon: 00377834

WIEN. Der Vorarlberger FPÖ-Nationalratsmandatar Bernhard Themessl verteidigt, dass die FPÖ nicht schon den ersten Hofburg-Wahlgang angefochten hat. Den Landtagsbeschluss zur Modellregion der gemeinsamen Schule stellt er infrage.

Dieter Egger ordnete die Vorarlberger FPÖ als wirtschaftsliberal ein und möchte, dass sich die Bundespartei etwas davon abschaut. Ist das realistisch?
THEMESSL: Ja. Das Problem ist nur, dass die FPÖ immer als soziale Heimatpartei wahr-

wirtschaftlichen Ideen gehen so in der Öffentlichkeit unter. Klar ist, dass Österreich aufholen muss. Wir haben zu viele Arbeitslose. Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) und die Wohnbauförderung müssen raus aus den Lohnnebenkosten.

Der FLAF finanziert aber Familienleistungen.
THEMESSL: Ja, aber der FLAF finanziert auch Schülerfreifahrten. Warum muss ein Unternehmer das zahlen? Wir haben für den öffentlichen Verkehr und den Straßenausbau ja schon die Kfz-Steuer.

Weniger Lohnnebenkosten heißt weniger Budget. Sollte in der Folge auf gewisse Leistungen verzichtet werden?
THEMESSL: Wir fordern seit Jahren mehr Eigenverantwortung. Österreich muss sich von der Vollkaskomenta-

Die Balance zwischen Lohnnebenkosten und Sozialleistungen stimmt nicht?
THEMESSL: Genau. Sie stimmt auch nicht zwischen Mindestsicherung und Mindesteinkommen. Ich bin nicht dafür, dass man die Mindestsicherung kürzt. Ich bin dafür, dass die Netto-löhne steigen. Das geht nur, wenn wir die Lohnnebenkosten senken. Der Unternehmer wird schon damit einverstanden sein, wenn der Mitarbeiter gleich viel kostet wie jetzt, aber ihm unter dem Strich mehr bleibt.

Wollen Sie, dass die FPÖ mehr zur Wirtschaftspartei wird?
THEMESSL: Ich will, dass unsere Vorschläge umgesetzt werden. Warum etwa halten wir in Österreich an Kollektivverträgen fest? Im Industriebereich wäre es zum Beispiel sinnvoller, mehr



anfechten, ist klar. Der Abstand war ohnehin so groß.

Würden Sie anfechten, wenn Hofer am 2. Oktober gewinnt?
THEMESSL: Sollten Unregelmäßigkeiten auftauchen, nehme ich an, dass die Grünen anfechten werden.

Kommt Hofer besser an als Strache?
THEMESSL: Man kann ihre Wahlen und auch die Personen nicht vergleichen. Hofer ist ein besonnener, sachlicher Mensch und vom Typ her ganz anders als Strache.

In Vorarlberg hat Reinhard Bösch die FPÖ übernommen. Wird sich dadurch etwas ändern?
THEMESSL: Es wird mit ihm wahr-

Bösch sagt

Beschluss

Die Vorarlberger FPÖ werde wohl kantiger, sagt Themessl. Die Modellregion zur gemeinsamen Schule sei zu hinterfragen. FOTO: VV/HOFMEISTER

FPÖ: Nationalistisch gegen TTIP, gewerkschaftsfeindlich gegen Kollektivverträge.

deres zu tun, als zu privatisieren und soziale Errungenschaften zu zerschlagen (siehe die sogenannte "Pensionsreform").

Die Hoffnung des Kleinbürgertums, die großen Konzerne durch Protektionismus zu zähmen, Nationalstaaten zu stärken und das Rad der Geschichte ins 19. Jahrhundert mit seinen Zollschränken und Schlagbäumen zurückzudrehen, ist extrem reaktionär. Das politische Programm des Protektionismus führt zu Ausländerfeindlichkeit und chauvinistischer Kriegshetze und muss mit aller Entschlossenheit bekämpft werden.

Gewerkschaften unterstützen, aber keine Hoffnung auf Reformen!

Wir finden es prinzipiell gut, dass sich die Gewerkschaften gegen TTIP positionieren. Wir finden es sehr positiv, wenn gerade die Produktionsgewerkschaft PRO GE zur Verteidigung der Kollektivverträge aufruft und an die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze in den USA erinnert. Wir lehnen aber die im Aufruf der PRO GE verbreitete Illusion in eine mögliche europäische "Sozialunion" ab. Die EU, jenes Instrument, mit dem die deutschen und französischen Imperialisten ihre Vorherrschaft in Europa absichern wollen, kann nicht zum Vehikel für Sozialreformen gemacht werden.

Das ist ebenso illusionär wie der opportunistische Kniefall von angeblich "sozialistischen" Kräften in Großbritannien vor dem Chauvinismus und der Ausländerfeindlichkeit der BREXIT-Befürworter, die Sozialleistungen für Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen EU-Ländern kippen wollten. Diesseits des Atlantik kann das einzige Kampfziel die Errichtung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sein, dem einzigen Ausweg aus Krise, Sozialabbau, Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus.

Sozialismus - keine Utopie, sondern die konkrete Antwort

Diese Perspektive ist auch die Antwort auf die Geheimniskrämerie der herrschenden Klassen, mit denen sie die Ausgebeuteten belügen und betrügen.. Wie die Geschichte gezeigt hat: nur die revolutionäre Arbeitermacht kann die Verträge der alten herrschenden Klasse zerreißen. In einem der ersten Dekrete (Dekret über den Frieden, 26. Oktober 1917) der russischen revolu-

tionären Regierung heißt es: *"Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, dass sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen, und wird unverzüglich darangehen, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden. Alle Bestimmungen dieser Geheimverträge, soweit sie, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatten, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, werden von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt."*

Die "leaks" über die TTIP- und CETA-Verhandlungen beweisen heute, fast 100 Jahre danach die Aktualität dieser revolutionären Herangehensweise an die Vertragswerke, mit denen die Kapitalisten untereinander die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung regeln wollen.

Kontakt:
gruppe.klassenkampf@gmail.com



Die Gruppe Klassenkampf ist die österr. Sektion des Kollektivs Permanente Revolution (CoReP)